

Interview: Jens Taschenberger, Fotos: Büro Dr. Christian Ehler

„Die Europäische Modellregion ist keine Fata Morgana“

Interview mit EU-Parlamentarier Dr. Christian Ehler



Christian Ehler ist ein bemerkenswerter Mensch, ein vielseitig interessierter, kreativer Kopf mit viel Einfluss in Brüssel. Er koordiniert den wichtigen Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) für die EVP-Fraktion, hat einen guten Draht zur Kommissionspräsidentin und kennt die Spielregeln auf dem europäischen Parkett bestens. Der gebürtige Bayer ist studierter Journalist und Volkswirt und bewährte sich als erfolgreicher Manager in der freien Wirtschaft, bevor er in die Politik ging. Er ist seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments. Als langjähriger Landesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der Brandenburger CDU ist er ein exzellenter Kenner der Lausitzer Wirtschaft. Für die bevorstehende Strukturstärkung der Lausitz ist er ein Glücksfall, der Chancen durch Europa sichtbar und nutzbar machen kann. Gründe genug für ein ausführliches Gespräch.

Green Deal oder das Coronavirus, was treibt Sie persönlich gerade mehr um?

Meine Frau ist Ärztin in einer Corona-Klinik, das bringt mir dieses Thema persönlich genauso näher wie unsere veränderte, virtuelle Arbeitsweise. Ich denke aber, dass wir im nächsten Jahr eine Impfung gegen das Virus haben werden, wogegen uns der Green Deal die kommenden 30 Jahre beschäftigen wird. Die großen disruptiven Veränderungen sowohl technisch, wirtschaftlich als auch gesellschaftlich werden sicher aus dem Green Deal erwachsen.

Sie sind studierter Journalist, welche Frage würden Sie derzeit am liebsten jenen stellen, die den Strukturwandel in der Lausitz verantworten?

Der Strukturwandel in der Lausitz hat meines Erachtens sehr viel mit Internationalisierung zu tun. Meine Frage würde lauten:

Wo sehen Sie die Lausitz in 20 Jahren in einem europäischen Kontext? Wenn man heute über Ansiedlung und Technologiewandel nachdenkt, findet das sowohl in Konkurrenz als auch in Kooperation mit anderen Regionen in Europa statt. Die Lausitz hatte mit ihrer hundertjährigen Geschichte als Energieregion das Privileg, sich sehr auf sich selbst beziehen zu können. Jetzt ist der Zeitpunkt, diesen Blick auf den deutschen und europäischen Binnenmarkt zu weiten.

Wer fällt Ihnen als tatkräftiges Management für den Wandel in der Lausitz zuerst ein?

Die kommunale Ebene! Fast alles wird auf dieser Ebene entschieden werden. Bislang blickten wir vor allem auf die Bundesebene und die Milliardenzahlungen, nun blicken wir sicher auch auf die Landesebene, was

ein Konzept für die Region anbelangt. Wandel in der Gesellschaft hängt aber aus vielerlei Gründen vor allem an der kommunalen Ebene. Sie ist der Ort, wo betroffene Menschen Politik und Staat am unmittelbarsten erleben und reflektieren. Den Bürgermeister kennt immer noch jeder in seiner Stadt. Wenn es um Vermittlung und Akzeptanz und das Mut machen in einer Strukturveränderung geht, dann hängt das vor allem an den Kommunen. Die Landes- und Bundesebene haben strukturell eine große Bedeutung, die Bürgermeister müssen mit ihrer Person und ihrem Bekanntheitsgrad für die Chancen und die Zukunft stehen. Daran werden sich Menschen vor Ort orientieren.

Ist die kommunale Ebene in der Lausitz bereits ausreichend in die zentralen Prozesse der Strukturentwicklung einbezogen?

Der gesamte Prozess hat auf dieser Ebene am mutigsten und realistischsten begonnen. Es wird oft so getan, als würde man schon viel machen und müsse jetzt auch noch die Bürgermeister einbeziehen. Dabei haben sie sehr früh, als man auf Landes- und Bundesebene noch sehr viel vorsichtiger war, die Menschen in der Lausitz auf die großen Veränderungen vorbereitet. Sie haben sich als erste aus der Deckung gewagt. Das Verständnis, sich als Region organisieren und definieren zu müssen, ist ursächlich auf der kommunalen Ebene entstanden. Hier muss man sich mit Ursache und Wirkung auch am unmittelbarsten auseinandersetzen. Ich habe Sorge, dass man nun vergisst, wo der Prozess seinen Beginn nahm. Eine der ersten Veranstaltungen zu den Veränderungen der Lausitz, noch lange vor der Strukturkommission des Bundes, wurde von den Bürgermeistern organisiert. Sie haben damals die Europäische Kommission eingeladen und kamen umgekehrt nach Brüssel. Der Generaldirektor für Energie sagte damals: „Die Bürgermeister sind für Europa der Goldstandard“. Das war für manchen Ministerialbeamten ein erstaunlicher Satz. Man hat in Europa begriffen, dass sich trotz der globalen Wirkung der umwälzenden Veränderungen das Schicksal auf kommunaler Ebene entscheidet. Deshalb haben die Bürgermeister in Brüssel auch sofort Termine bei den Kommissaren bekommen. Das hat die Position der Bürgermeister als entscheidender Faktor der Prozesse gestärkt. Sie haben damals auch zuerst gesagt, dass sie mit der Lausitz Europäische Modellregion werden wollen – und da tut es doch gut, wenn nun drei Jahre später auch der Ministerpräsident von einer Europäischen Modellregion redet. Da hat sich das anfangs verkrampfte Verhältnis sicher normalisiert und man weiß nun um die Bedeutung der Kommunen.

In der Lausitz kann man sich darauf verlassen, dass Sachsen und Brandenburg beim Bau der Strukturen stets ein Bild der Uneinigkeit abgeben – wie wird die Lausitz in Brüssel wahrgenommen, wie das Wirken der Länder für die Lausitz?

Es hat sich positiv entwickelt. Beide Länder haben gelernt, dass man sich in Brüssel nicht immer auf den Bund verlassen sollte und man als Region an Glaubwürdigkeit verliert, wenn man mit zwei Stimmen spricht. Die Zusammenarbeit der Länder hat sich wesentlich verbessert. In Sachsen mit seinem größeren Industriebesatz hat Europa eine längere Tradition, der Ministerpräsident hat dort eine europäische Agenda und ist in Brüssel sehr präsent. Das war in Brandenburg lange nicht so, unter Dietmar Woidke hat sich das aber sehr zum Positiven verändert. Inzwischen geben beide Länder in Brüssel ein viel besseres und gut abgestimmtes Bild ab.

Als Laie kann man bei den möglichen Chancen für die Lausitz durch Europa zwischen Begrifflichkeiten wie Green Deal, Next Generation EU, Just Transition Mechanism und Mehrjährigem Finanzrahmen samt ESF und EFRE schnell die Orientierung verlieren – lässt sich die Gesamtkulisse einfach beschreiben, mit der Europa der Lausitz beim Wandel unter die Arme greifen kann?

Europa hatte bereits vielfältige Unterstützungsangebote unterbreitet, lange bevor wir in Deutschland finanzielle und gesetzliche Lösungen für den Kohleausstieg gefunden hatten. Die Kohleplattform als Möglichkeit zum Austausch unter den insgesamt 41 Kohleregionen half den betroffenen Regionen aus der Isolation. Hier ist Europa sehr früh auf die Lausitz zugegangen. Viele Projekte, die jetzt in die Umsetzung kommen, sind damals angestoßen worden. Europa hat über diesen Verbund das politische Gewicht der einzelnen Regionen gestärkt und stellt zudem massiv Förderungen zur Verfügung, die komplementär zu den Bundesmitteln helfen können. Am stärksten wirkt Europa meines Erachtens beim Profilieren wichtiger Entwicklungsthemen. Das geschieht heute auf entsprechenden Plattformen. In Europa gibt es eine Wasserstoffplattform, auf der Regionen, Unternehmen und Forschungseinrichtungen organisiert sind. Dort wird Zukunft organisiert, das ist die Präsentationsebene für eine Region, um Projekte vorzustellen, sich zu vernetzen und Bekanntheit für Partner und Investoren zu erlangen. Auf diese Art und Weise wird heute erfolgreich Strukturwandel betrieben – und auf diesem Weg generiert man auch belastbare Ansiedlungsvorhaben. Man muss raus aus der Denke der Problemregion, hin zum Pionier in großen Netzwerkprojekten. Hier können die europäischen Mittel am sinnvollsten eingesetzt werden und hier eröffnet Europa mit seinem Binnenmarkt und diesen Netzwerken der Lausitz die größten Chancen.

Bei der Kohleplattform war die Lausitz früh dabei, ist das beim Wasserstoff ebenso?

Diese Plattform wird mit dem neuen Haushalt ab dem Jahr 2021 neu aufgelegt. Das bringt die Chance mit sich, auf dieser Plattform stärker präsent zu sein. In der Vergangenheit war das nicht in dem Maß der Fall, wie das wünschenswert gewesen wäre.

Der Mehrjährige Finanzrahmen beschreibt den EU-Haushalt der kommenden Förderperiode von 2021 bis 2027, wie verlässlich kann mit Blick auf die durch Corona verschärfte Wirtschaftskrise überhaupt ein solcher Haushalt geplant und beschlossen werden?

Gerade die Coronakrise und die Notwendigkeit, die Märkte zu stabilisieren, hat

zum größten Haushalt in der europäischen Geschichte geführt. Der Preis für diese Stabilität ist eine Schuldenaufnahme, aber die Finanzmärkte stehen bereit.

Der Europäische Rat hat jüngst für deutsche Übergangsregionen eine Sonderzuweisung von 650 Mio. Euro aus dem Mehrjährigen Finanzrahmen beschlossen, wie stark und wie schnell kann die Lausitz davon profitieren und wem stehen diese Mittel letztendlich zur Verfügung?

Die sogenannten Strukturfonds sind das Finanzinstrument der EU, das in Brandenburg am stärksten genutzt wird. Da die grundsätzliche wirtschaftliche Entwicklung in Brandenburg noch eher erfreulich ist, wäre das Land hier aus den Höchstfördererszenarien herausgefallen. In den Verhandlungen wurden für die Regionen, die aus den Höchstförderersätzen herausfallen, Sondermittel zur Verfügung gestellt – wie die 650 Mio. für ostdeutsche Übergangsregionen. Die Doppelbelastung aus Strukturwandel und Corona rechtfertigt diesen Sondertopf für die Lausitz, der vorwiegend im Mittelstand greifen sollte. Das Geld erhalten die Länder zweckgebunden für die Region, sie müssen mit der Region entscheiden, welche Projekte davon umgesetzt werden. Im Moment halte ich finanzielle Mittel aber grundsätzlich nicht für das Problem. Es geht vielmehr um die Entscheidung, mit welchen Projekten man den Transformationsprozess beginnen und mit welcher Strategie umsetzen möchte. Jetzt ist es wichtig, förderfähige Projekte mit dem notwendigen Planungsvorlauf zu haben – hier sehe ich eher den Engpass.

Der Just Transition Mechanism besteht aus drei Säulen mit einem Gesamtrahmen von rund 100 Milliarden Euro, in der Lausitz wird vor allem der gerade auf 17,5 Milliarden Euro erhöhte Just Transition Fund als Unterstützung für Strukturwandelregionen diskutiert, wie funktioniert der Gesamtmechanismus und was kann er der Lausitz im besten Fall bringen?

Die Finanzinstrumente spielen gerade für größere Projekte der Privatwirtschaft eine immense Rolle, weil Investitionen in ungewisse Zukunftsprojekte über den privaten Finanzmarkt sicher nicht im erforderlichen Maß dargestellt werden können. Man muss in diesem Mechanismus zwischen öffentlichen Mitteln – also der Förderung aus dem Fund – und Finanzinstrumenten in den weiteren Säulen unterscheiden. Bei vielen Projekten darf schon beihilferechtlich nicht zu 100 % gefördert werden. Hier eröffnet der Mechanismus in den weiteren Säulen die Finanzinstrumente durch die öffentliche Bank, die Europäische Investitionsbank. Dadurch entsteht ein Hebel, der die Förderung vervielfachen kann. ☉

Aktuell wird das allerdings noch verhandelt, auch die 17,5 Milliarden Euro sind eine Momentaufnahme, hier waren schon bis zu 40 Milliarden Euro im Gespräch.

Im aktuell vom Europäischen Semester erstellten Länderbericht Deutschland 2020 wird die Lausitz gegenüber den weiteren deutschen Strukturwandelregionen als „am härtesten betroffen“ herausgehoben – ist das mit einer überproportionalen Berücksichtigung beim Just Transition Mechanism verbunden?

Ja! Da kommt uns auch zugute, dass Brüssel den Wandel in Zusammenhang mit der polnischen Seite betrachtet. Dort liegt die am stärksten entwickelte Kohleregion Europas. Ähnlich ist das in der Lausitz. Sie war in Brandenburg trotz aller Einschnitte nach der Wende die wirtschaftlich stabilste Region. Die bevorstehenden Verwerfungen in der Lausitz nach 100 Jahren im Kohlebergbau und der Kohleverstromung sind kaum vergleichbar mit einer anderen Region, sie ist auch eine der größten Regionen in Europa. Die Lausitz wird in Brüssel als zentrales Thema für den Wandel in Deutschland und Europa gesehen.

Gibt es auf EU-Ebene noch Verteilungskämpfe mit den anderen deutschen und europäischen Kohleregionen?

Natürlich gibt es Konkurrenz und Wettbewerb und das ist auch gut so. Das Geld sollte dorthin verteilt werden, wo es die plausibelsten Projekte gibt und wo Modellcharakter für andere Regionen entwickelt wird. Deshalb habe ich schon vor Jahren

dafür geworben, dass die Lausitz selbst den Begriff „Europäische Modellregion“ in den Raum stellt, weil genau das für die Kommission besonders attraktiv ist. Natürlich schaut die Kommission besonders intensiv auf Regionen, in denen schnell und weitreichend Projekte formuliert werden. Wenn die Lausitz diese Chance nutzt und sich zu einer Modellregion in Europa entwickelt, wird sie auch bevorzugt Geld bekommen. Das bleibt letztendlich aber ein Wettbewerb.

Es gibt kaum regionale Ansprechpartner rund um die EU in der Lausitz, das Informationszentrum Europe Direct Guben ist mit nicht einmal einer vollen Personalstelle versehen und eine Fortführung ist unklar – halten Sie den Ausbau solcher Angebote für wichtig, die der EU vor Ort ein Gesicht geben?

Europe Direct Guben ist ein wichtiger Botschafter und wirbt für Akzeptanz für das europäische Projekt. Solche Angebote könnten sicher mehr Präsenz entfalten, aber Europa tut sich immer schwer, sich selbst zu verkaufen. Europa ist dort prägender, wo Regionen stärker in europäischen Projekten vernetzt sind. Innovations-, Forschungs- und Pilotprojekte finden heute immer mehr in einem europäischen Kontext statt. Man bündelt international Kräfte und Ressourcen, um im globalen Wettbewerb zu bestehen. Die Lausitz war 100 Jahre Energieregion und es gab sicher auch wenig Motivation, sich in europäische Projekte zu stürzen. Dabei kann jeder Bürgermeister selbst Einfluss nehmen und Europa in die Region holen. Bislang

ist Brüssel jeder Einladung der Lausitzer Kommunen gefolgt und hat der Lausitz alle Möglichkeiten angeboten, sich zu vernetzen. Europa wirkt am stärksten, wo eine Region tief in Netzwerken und auf Plattformen auf EU-Ebene integriert ist.

Mit Blick auf die vielfältigen Förderkulturen der EU, sehen Sie die Lausitz insgesamt mit Planungskapazitäten, Projekten und Konzepten gut aufgestellt, um diese Möglichkeiten auszuschöpfen?

Darüber entscheidet vor allem die Internationalisierung! Oft hilft schon die einfache Frage, in welchem Projekt wie viele Beteiligte Englisch sprechen. In Bezug auf Polen ist das ähnlich: Auf polnischer Seite ist fast immer jemand des Deutschen mächtig, umgekehrt ist das die große Ausnahme. Fremdsprachenfähigkeit ist ein zentraler Schlüssel, der Zugang zu europäischen Netzwerken ebenso. Für die Lausitz wird da oft auf die BTU Cottbus und ihre Scharnierfunktion verwiesen. Dafür erhält sie aber keinerlei Geld und es wurde bislang keine Lösung gefunden, sie für ihre bedeutende Internationalisierungsfunktion auszustatten. Sie wäre in der Lage, sich auf dem europäischen Parkett zwischen Industrie und Forschung zu bewegen, Konsortien zu bilden und Netzwerke anzustoßen. Sie ist der beste Katalysator für Veränderungen. Die Strukturen und Finanzen sehen aber dürrig aus. Ich halte das für eines der größten Probleme im Wandel der Lausitz.

Der Lausitzer Mittelstand sieht sich bei der Strukturstärkung seitens des Bundes ebenso wie die Schlüsselwirtschaft außen vor, gibt es hier zuversichtliche Nachrichten aus Brüssel?

Ja. Es gibt gut gefüllte Fördertöpfe, deren Inanspruchnahme allerdings oft kompliziert ist. Sie setzen manchmal eine europäische Kooperation voraus, das ist für viele Lausitzer Mittelständler neu und bedeutet Aufwand. Da auch anderen Regionen Europas der industrielle Rückhalt fehlt, sind EU-Mittel oft stark auf den Mittelstand ausgerichtet. Aber es nicht einfach, sie zu akquirieren. Für einen Mittelständler im laufenden Betrieb ist es schwer, plötzlich zehn bis 20 Jahre in die Zukunft zu denken und sich unter Umständen erstmals mit Fördermitteln zu beschäftigen. Die öffentlich formulierte Erwartungshaltung geht hier oft an der Realität vorbei. Da muss es für den Lausitzer Mittelstand massive Unterstützung und Hilfe geben – und bereits für die Vorbereitung solcher Anträge eine finanzielle Flankierung.

Wen sehen Sie hier als möglichen Ansprechpartner?

Die ILB hat als Förderbank die passenden Strukturen und Erfahrungen und würde zur richtigen Zeit eine neue Rolle finden, da die öffentlichen Fördermittel allgemein

Dr. Christian Ehler beim Besuch in Welzow, wo er die Ambitionen zur Einrichtung eines Europäischen Katastrophenschutzentrums mit seinen guten Kontakten in Brüssel unterstützt.



deutlich rückläufig sind. Sie könnte eine Außenstelle in der Lausitz einrichten und hier verankert werden. Die Kammern sind sicher auch gefragt – es braucht aber eine größere, professionelle Struktur, die für den Mittelstand erkennbar und ansprechbar ist.

Die Lausitz erlebt aktuell eine Hängepartie, weil die LEAG das grüne Licht aus Brüssel für die im Kohleausstiegsgesetz festgeschriebene Entschädigung des Bundes in Höhe von 1,75 Milliarden Euro abwartet, das sie als Grundlage für die Veröffentlichung des angepassten Revierkonzepts betrachtet – muss die Lausitz hier noch lange bangen?

Da schlagen zwei Herzen in meiner Brust. Ich habe schon vor einigen Jahren zur Landesregierung gesagt, dass beim Kohleausstieg und den Strukturmitteln rechtzeitig aufs Beihilferecht der EU geachtet werden sollte. Wir Deutschen haben das Beihilferecht erfunden, um unsere Industrie zu schützen. Nun hat der Bund weitgreifende Entscheidungen getroffen. Es gab schon bei den Kompensationszahlungen im Rahmen des Atomausstiegs deutliche Signale aus Brüssel, dass man intensiver darüber sprechen müsse. Es ist ein Manko im gesamten Ablauf, dass man hier nicht früher und vorsorglich auf Europa zugegangen ist. Deshalb war die Liste der Projekte im Strukturgesetz auch so dünn, sie enthält nur beihilferechtlich unproblematische Vorhaben. Zu den Kompensationszahlungen an die LEAG und andere Energieunternehmen reagiert man in Brüssel sehr zurückhaltend. Andere Staaten können solche Zahlungen nicht aufbringen. Jetzt ist die Kommission parallel mit vielen Verfahren befasst und kann nicht alles gleichzeitig regeln. Die Entscheidung zu den Zahlungen an die LEAG ist auch verbunden mit der Frage, was mit den einzelnen Betriebsteilen der LEAG künftig passiert. Das hat eine enorme Komplexität. Es geht dabei auch darum, wie man künftig über Förderprojekte für einzelne Betriebsteile des Energieunternehmens wie z.B. bei Referenzkraftwerken unter Beteiligung der LEAG entscheidet, wenn man jetzt der Kompensationszahlung des Bundes zustimmt. Ich sehe es als relativ sicher an, dass die Kommission die Entschädigung akzeptiert. Wie künftige Entscheidungen dadurch beeinflusst werden, ist allerdings schwer abzusehen. Persönlich halte ich es mit Blick auf die disruptive Art und Weise des erforderlichen Wandels für richtig, den Beihilferahmen etwas weiter zu interpretieren als in der Vergangenheit. Es gibt dazu in Brüssel derzeit eine sehr intensive Diskussion.

Die EU steht oft als Gleichnis für Bürokratie, wie steht es tatsächlich um Hierarchien und Ihre persönlichen Möglichkeiten als gut vernetzter Parlamentarier?

Die gesamte Europäische Kommission mit allen Zuständigen für den europäischen Binnenmarkt und allen europäischen Institutionen bis hin zur Bankenaufsicht hat zusammen weniger Beschäftigte als die Stadt Köln. Natürlich ist sie eine große Behörde, aber jede Bundesbehörde ist deutlich größer als ein Direktorat der EU-Kommission. Die Entscheidungsprozesse sind durchaus komplex, man muss aber zwischen Entscheidungsprozessen in der Kommission und politischen Prozessen zur Gesetzgebung unterscheiden. Die Bürgermeister sind ein praktischer Ausweis dafür, dass der Zugang und die Kommunikation mit der Kommission sehr gut funktionieren. Die Lausitz könnte Brüssel sicher viel besser nutzen. Sie hat darin wenig Erfahrung. In Bayern wird man ohne Brüssel-Erfahrung in keiner Behörde Abteilungsleiter, Brandenburg hat hingegen derzeit keinen einzigen nationalen Abgesandten in Brüssel. Die Behauptung, Brüssel sei kompliziert und schwer zugänglich, ist eher der eigenen Unkenntnis und fehlenden Struktur geschuldet.

Sie haben auf EU-Ebene die Intergroup „Creative Industries“ gegründet, in der Lausitz ist vor allem von althergebrachten Branchen wie Energie und Logistik die Rede – glauben Sie, man unterschätzt hier das Innovations- und Wertschöpfungspotenzial der Kreativwirtschaft?

Absolut! Wenn wir über Innovationen reden, verweisen wir auch in der Lausitz gern auf IT und Digitalisierung. Wenn wir uns aber genau anschauen, womit in der Digitalisierung die großen Geschäfte gemacht werden, dann sind das innovative Businessmodelle. Algorithmen liefern lediglich die Basis. Sehr viele dieser innovativen Businessmodelle stammen aus den Creative Industries. Beispiele wie Netflix und Airbnb sind solche disruptiven Businessmodelle, die aus einer kreativen Betrachtung entstanden sind. Es geht nicht um das Digitale an sich, sondern um das kreative Potenzial von Design bis Kommunikation im Zusammenhang mit modernen Digitaltechniken – das sind die Businessfelder der Zukunft. Bei erfolgreichen Businesskonzepten in der Digitalisierung ist der Kreativanteil überproportional groß. Aktuell blicken selbst Amerika und China nach Europa, weil wir die größte Kreativindustrie der Welt haben. Von Luxusgütern bis Kunsthochschulen, von Textern bis zu Journalisten: Nirgends auf der Welt gibt es eine so vielfältig und stark ausgeprägte Kreativindustrie. In Europa verantwortet die Kreativindustrie 7% des Bruttosozialproduktes und beschäftigt von allen Branchen mit Abstand die meisten jungen Leute. Insgesamt ist die Kreativindustrie größer als die Automobilindustrie. Auch für den Wandel der Lausitz basieren Digitalisierung und Digitalwirtschaft nur auf

Technologie, Wertschöpfung entsteht zu 90% durch kreative Modelle. Wenn man über eine digitale Zukunft für die Lausitz spricht, muss man das ursächlich zusammendenken mit Hochschulen, Designern, Textern und anderen Machern mit kreativen Skills. Konsumenten interessieren sich nicht für ausgefeilte Algorithmen, sondern für Oberflächen, Kreativangebote, das Design, die Spiele oder integrative Lösungen.

Welchen Branchen messen Sie im Prozess der Strukturentwicklung der Lausitz besonderes Potenzial zu?

Die Mobilität der Zukunft kann für die Lausitz ein interessantes Feld darstellen. Eine Modellregion Lausitz mit Wasserstoffmobilität im öffentlichen Nahverkehr muss dann aber auch die Attraktivität der Mobilität neu denken. Wer ÖPNV fährt, muss künftig das Prestige wie heute ein Porschefahrer genießen, es muss Lifestyle sein.

Dann reden wir auch dabei von der Bedeutung der Kreativindustrie?

Wir reden alle vom ÖPNV, sehen aber, wie unattraktiv Bahn und Bus sind. Technische Lösungen für Mobilität und Wasserstoff sind nur ein Teil, der ohne die gesellschaftliche Attraktivität und Akzeptanz für neue Formen von Mobilität nicht funktionieren wird. Solange man mit einer trostlosen Monatskarte an unattraktiven Busstationen herumlungert und in Bussen mit fragwürdigen Mustern sitzt, entwickelt das kein Prestige. Wir müssen die Produkte und Lösungen attraktiv machen, daran wird sich der Erfolg entscheiden. Und das ist Sache der Kreativen. Ein Beispiel sind die Stiftungslehrstühle an der BTU für die Entwicklung der Rolls Royce-Triebwerke. Ein Lehrstuhl ist ein klassischer Triebwerkslehrstuhl, der andere ein reiner Designlehrstuhl. Wenn man Rolls Royce fragt, welcher von beiden wichtiger ist, werden sie von einem der besten Designlehrstühle für Tragwerks- und Turbinendesign schwärmen. Eine Hälfte der Antwort bringen die Ingenieure, die zweite Hälfte die Designer.

In der aktuellen Debatte zum Lausitzer Wandel wird kaum im transnationalen Rahmen etwa mit Polen und Tschechien gedacht und konzipiert, sehen Sie hier ungenutzte Potenziale?

Die europäischen Plattformen führen hier zu immer mehr Erkenntnisgewinn. Wir halten die Idee, Wasserstoff für die Energie einzusetzen, für eine genuin deutsche Idee. Letztendlich haben die großen polnischen Kohlekonglomerate, die dort auch den Nahverkehr betreiben, zuerst Wasserstoff als Thema für den ÖPNV diskutiert. Der Blick in andere Regionen Europas kann helfen. Durch Verbündete auf entsprechenden Plattformen gewinnt man Partner, andere Regionen und auch die Industrie. Wenn die Lausitz der Konsortialführer eines ☉

europäischen Netzwerks für den Einsatz von Wasserstoffbussen im ÖPNV wird und sich mit acht weiteren Pilotregionen in Europa zusammenschließt, dann kann die Industrie in diesen acht Ländern einen Markt entwickeln. Der Sprung über die eigene Region hinaus kann so mit dem Versprechen verbunden werden, dass auch ein Markt entsteht. Länder wie Polen und Tschechien haben auch Interesse daran, das mit der Lausitz umzusetzen. Wenn die Lausitz mit vier oder fünf weiteren hochsubventionierten und über Jahre alimentierten Pilotregionen Wasserstoffmobilität in den ÖPNV einführt, dann schlägt das auch eventuelle Konkurrenzvorhaben in strukturstarke, westlichen Bundesländern.

Ist der Fokus auf europäische Plattformen noch wichtiger als der transnationale Fokus in Bezug auf die Nachbarländer Polen und Tschechien?

Aufgrund der Bedeutung des europäischen Binnenmarktes ist das ganz klar so. Pilotprojekte in einer Plattform mit vielen Regionen Europas erzeugen immer eine große Wahrscheinlichkeit, dass ein europäischer Standard definiert wird. Das Bilaterale ist wichtig, Plattformen mit mehreren Ländern und Regionen eröffnen aber den Binnenmarkt – und wir haben in Europa mit 500 Millionen Konsumenten nach wie vor den größten Binnenmarkt der Welt.

Auch Polen und Tschechien stehen mit ihren Kohleregionen im Wandel, erhalten erhebliche Unterstützung von Europa – könnte die Lausitz mit einer Stärkung transnationaler Konzepte in diesen Themen noch stärker von Europa profitieren?

Auf jeden Fall. Man braucht einen Nukleus. Nehmen wir Tesla als Chance. Es stellt sich in Osteuropa die Frage, ob man dort eine Infrastruktur für E-Mobilität bauen wird. Tschechien mit seiner Automobilindustrie, die Lausitz mit Wasserstoff und E-Mobilität und Polen als großer europäischer Mitgliedsstaat und verkehrlicher Bezugspunkt bilden ein Dreieck, das als Nukleus plausibel ist. Letztendlich wird man auch hier für die Industrie attraktiv, wenn ein Sprungbrett in den Binnenmarkt entsteht, weil dort das meiste Geld verdient wird.

Die Lausitz sieht sich jetzt schon gern als Europäische Modellregion, wird das in Brüssel reflektiert und auch mit konkreten Inhalten und möglichen Vorteilen für die Lausitz diskutiert?

Seinerzeit fragte der Generaldirektor für Energie die Lausitzer Bürgermeister beim Besuch in Brüssel zuallererst: „Wollen Sie nicht eine Europäische Modellregion werden?“ Die Lausitz wäre die logische Wahl, weil sie nicht ganz arm ist und auch von Bundesseite viel Geld fließt. Ganz Europa traut einen erfolgreichen Strukturwandel

am ehesten der Lausitz zu. Das liegt auch am hohen Organisationsgrad in der Gesellschaft und an der Nation mit dem stärksten Industriebesatz in der Hinterhand. Die Lausitz sollte da mehr Mut entwickeln und könnte für 41 Kohleregionen in Europa zeigen, welchen Projekten und Ideen diese folgen könnten. Die Europäische Modellregion ist keine Fata Morgana, sondern wurde von der Kommission selbst angesprochen und als unterstützenswert formuliert.

Gerade wird eine Entwicklungsstrategie für die Lausitz erarbeitet, welche Inhalte würden das Vorhaben einer Europäischen Modellregion unterstützen und was würden Sie gern darin lesen?

Man sollte die europäischen Plattformen deutlich stärker nutzen, und beispielsweise in der Kohleplattformen für sämtliche 41 Regionen vorangehen und im Wasserstoff eine führende Rolle übernehmen. Dazu müsste man sich Partner suchen und Projekte generieren, die wir aufgrund unserer finanziellen Möglichkeiten anstoßen, bei denen wir aber auch andere mit an Bord nehmen. Ein Blick zurück liefert ein gutes Beispiel: Wien war lange Zeit die Modellregion für Verkehr in Europa. Die Wiener haben nach der Wende einfach die südosteuropäischen Staaten zu Konferenzen eingeladen, um zu besprechen, wie die Verkehre in Europa neu organisiert werden. Die Kommission hat überrascht zugeschaut und die Österreicher haben das drei Jahre durchgezogen. Es folgte eine Entwicklung, die zu einer der fatalsten Niederlagen Deutschlands führte, große Auswirkungen auf die Neuen Bundesländer hatte und bis heute die Verkehrsnetze Europas prägt. Berlin diskutierte nach der Wende den Ausbau der Ost-West-Achse, infolge der Aktivitäten der Österreicher wurde bei den Osteuropäern ihre historische Tradition der Verkehre in der Nord-Süd-Achse wiederbelebt und der gesamte Ausbau folgte dieser Achse. Die Österreicher haben die Konsortien organisiert und die Industrie gewonnen. Sogar ein Teil der Mittel für den europäischen Verkehr wurde in Österreich verwaltet. Das hat Berlin bis heute geschadet und der Stadt die Bedeutung als Scharnier zwischen Ost und West genommen, die man sich damals erhofft hatte. Aus diesem Beispiel können wir heute für die Lausitz lernen.

Wir müssen also ganz bestimmte Themenfelder auf europäischer Ebene konkretisieren?

Der Wandel begründet nur die Förderfähigkeit. Das ist für sich nichts. Nehmen wir aber das europäischen Wasserstoffnetzwerk, eventuell im Zusammenhang mit öffentlichem Verkehr: hier könnte man ganz Europa nach Cottbus zu einer Konferenz einladen und der Kommission

vorschlagen, dieses Projekt im Rahmen der nächsten Plattform für Wasserstoff prominent zu fördern. Das könnte in zwei, drei aufeinanderfolgenden Jahren an der BTU Cottbus stattfinden. So beginnt man, wie eine Spinne sein Netz zu knüpfen – und so funktioniert Strukturwandel.

Wenn Sie drei starke Themenfelder für die Lausitz bestimmen dürften, welche wären das?

Neben dem Thema Wasserstoff wären das die neuen Antriebe in der Luftfahrt, hier gibt es ja bereits Aktivitäten. Die Achse Dresden-Cottbus-Berlin könnte für ein Subcluster Turbine und neue Antriebsstoffe sehr gut funktionieren. Zu diesen zwei industriepolitischen Themen kommt als drittes Feld die Internationalisierung. Wie bekommt man Europa in die Lausitz und die Deutungs-hoheit zum Thema Strukturwandel? Das sehe ich verbunden mit Technologien, die in imperfekten Märkten mit öffentlichem Geld angesiedelt werden können. Strukturwandel ist kein gutes Investitionsargument, deshalb sind Internationalisierung und Attraktivität so wichtig. Weltoffenheit ist nicht nur ein Ausdruck von Herzensgüte und Moral, sondern ein Argument für Ansiedlungen. Als Instrument bietet sich der Lausitz das Weimarer Dreieck an, das als Gesprächs- und Konsultationsplattform Deutschlands, Frankreichs und Polens aktuell nur kleine Kulturevents veranstaltet. Cottbus könnte die Idee des Weimarer Dreiecks zur europäischen Integration wieder aufnehmen und in diesem Rahmen das Themenfeld innovativer Wasserstofftechnologien in Europa betrachten. Eine eingeschlafene Entwicklungsachse könnte neu belebt werden. Würde man das innovativ und technologisch ausrichten, käme der französische Industrieminister sofort in die Lausitz. Die deutsch-französische Stiftung, die Brandenburg neben dem Bund sowieso zur Hälfte finanziert, könnte als bestehende Konstruktion genutzt werden. Begleitet vom Auswärtigen Amt und vom Bundeswirtschaftsministerium, der Landesregierung und dem Fraunhofer-Institut wären sicher Kompetenzen aus Industrie und Forschung über diese drei Länder hinaus an den Tisch zu bekommen. Die Lausitz muss um sich herum die Entwicklungslinien wahrnehmen. Für diese Chancen müsste man im Grunde drei Jahre Geld in die Hand nehmen und einen erfahrenen europäischen Industriemanager in die Lausitz holen, der solche Prozesse mit Netzwerken und Weitblick organisiert und weiß, wie Ansiedlungen im industriellen Mittelstand und der Großindustrie funktionieren. Wir sollten endlich größer denken.

Danke für das Gespräch.

Weitere Informationen:
www.ehler.eu